

ZWIESPÄLTIGES CORONA

Stefan Brotbeck

«Nous sommes en guerre», meint Macron, und Merkel ergänzt die drastische Kriegsmetaphorik mit einer nicht weniger drastischen Nachkriegsmetaphorik: «Seit der deutschen Einheit, nein: seit dem zweiten Weltkrieg gab es keine Herausforderung an unser Land mehr, bei der es so sehr auf unser gemeinsames, solidarisches Handeln ankommt.»

Im Notfall- und Krisenmodus rücken die Menschen zusammen, wobei Zusammenrücken jetzt nicht ganz der passende Ausdruck ist, da der Corona-Notfallmodus die Menschen ja auseinandertreibt. *Social distancing* eben. Der Grund für diese einschneidende Massnahme: Senkung der Infektionen zwecks Vermeidung der Überlastung des Gesundheitssystems durch schwere Verläufe bei an Covid-19 erkrankten Menschen.

Die Bevölkerung der Schweiz hält sich an die vom Bundesrat (aufgrund der ausserordentlichen Lage nach Epidemien-gesetz per Notrecht) beschlossene Expositionsprophylaxe. Richtig so. Alles andere wäre rücksichtslos und selbstgerecht, ganz gleichgültig, wie man die Verhältnismässigkeit der Massnahmen persönlich beurteilt.

Doch wer hat sich nicht schon insgeheim gefragt: Ist es wirklich klug, was wir im Umgang mit dem Coronavirus gerade machen? Die Klugheit als Tugend aller Tugenden verbindet Werteorientierung (zum Beispiel den Schutz des Lebens) mit Realitätssinn und Zukunftsverantwortung. Unbestritten ist: Politiker mussten und müssen Entscheidungen fällen auf der Basis einer nicht nur für Nicht-Experten unklaren Faktenlage (auch Fachpersonen schätzen die Sachlage unterschiedlich ein und entsprechend auch die

Angemessenheit der Massnahmen). Im Fall der Corona-Pandemie wird die Angemessenheit vor allem durch Fragen bezüglich der empirischen Grundlagen kritisch beleuchtet: Was genau heisst «infolge des Coronavirus gestorben»? Wer stirbt wirklich an und nicht nur mit dem Coronavirus? Wie gross ist der Teil der Bevölkerung, der tatsächlich schon infiziert ist und bereits immun ist (sollte dieser Teil sich als gross erweisen, wäre die Todesrate entsprechend viel geringer und ungleich weniger alarmierend)?

Ich habe schon zahlreiche und sehr kontroverse Gespräche geführt und habe dabei wiederkehrende Absturz-zonen des Dialogs erfahren. Das Thema polarisiert. An dieser Polarisierung möchte ich mich nicht beteiligen, zumal sich gerade in diesen Tagen einmal mehr zeigt, dass die begrifflichen Ressourcen zur Differenzierung rascher erschöpft sind als die Energie zur Befriedigung des Mitteilungsbedürfnisses.

Absturz-zonen des Dialogs

Warum fällt es uns so schwer, zu verstehen, dass, erstens, auf eine Situation mehrere begründete praktische und politische Handlungsszenarien denkbar sind, zweitens, kontroverse Handlungsszenarien nur dann praktisch relevant sind, wenn sie in Entscheidungen münden, und drittens es keine Entscheidungen gibt, die nicht kritisch auf ihre Urteilsgrundlagen und ihre Tragfähigkeit hin diskutiert werden können und sollen.

Die kritische Diskussion aber leisten nicht eitle «Ich habe den Durchblick»-Besserwisser, sondern erkenntnisorientierte Zukunftsgestalter, denn es gibt, wie Juli Zeh schreibt, «immer eine Alternative, und unsere Ver-

fassung verlangt, dass wir die verschiedenen Möglichkeiten abwägen» (SZ 5.4.2020). Wenn wir allerdings zu Zwergen der Verantwortungsübernahme schrumpfen, mutieren wir leicht zu Riesen der Besserwisseri. Besserwisser melden sich mit Vorliebe dann zu Wort, wenn keinerlei Gefahr besteht, dass ihre Perspektiven mit irgendwelchen Korrekturen durch das Leben rechnen müssten.

Aber das ist eben nur die eine Seite, die sofort zur monströsen Halbwahrheit wird, wenn wir nicht auch die andere Absturzzone zur Sprache bringen: Warum fällt es so schwer, Fragen ernst zu nehmen, die nicht einen Entscheid angreifen, sondern Urteilsgrundlagen für bessere Lösungen in der Zukunft finden möchten? Woher die Trumpsche Neigung, als Fake News abzustempeln, was eine andere Sicht darstellt? So ermüdend es ist, politischen Entscheidungen mit einem Generalverdacht zu begegnen, so ermüdend ist es, andere Sichtweisen und profunde Gegenmeinungen mit einem «stereotype threat» unter Druck zu setzen. Denn das führt am Ende zum Irrsinn, dass die Kritiker von Verschwörungstheorien die ärgste Verschwörungstheorie verbreiten, indem sie Zweifel an den Urteilsgrundlagen und an der Verhältnismässigkeit der Massnahmen als wissenschaftsfeindlich, und/oder als unmoralisch («Es geht um den Schutz der Alten! Möchten Sie etwa den Senizid?») abkanzeln.

Haben wir es uns aber schon einmal in der einen oder anderen Absturzzone bequem gemacht, erlahmt auch die Bereitschaft, «ambivalente Corona-Gefühle» (Harald Martenstein im Zeitmagazin 2.4.2020) zu entwickeln und überhaupt die ganze Ambivalenz der Coronakrise in ihrer teils faszinierenden, teils quälenden Mehrdeutigkeit zu erkennen und mitzuerleben.

Eine andere Art von Inkubation

Diese Ambivalenz wird sichtbar, wenn wir den Blick von den unmittelbar gesundheitlichen Fragen lösen und auf die Nebenwirkungen und Spätfolgen der Coronakrise lenken. Im Krisenmodus von Corona entstehen und gedeihen Wünschbarkeiten und Interessen, die erst in Post-Corona-Zeiten im Vollbesitz ihrer Wirksamkeit sind.

Wir haben hier mit einer anderen Art von Inkubation zu tun, sozusagen mit einer Meta-Corona-Inkubation. Die Coronakrise erweist sich womöglich als Inkubationszeit von Veränderungen, die die Menschlichkeit des Menschen vor grössere Herausforderungen stellen, als wir uns dies zurzeit vorstellen können oder vorstellen wollen. Und das Ambivalente dabei ist: Es ist nicht entschieden, ob dies zum Guten oder zum Schlechten ausschlagen wird.

Die Coronakrise kann zu einem Entwicklungsschub unseres Freiheitsbewusstseins, unserer Handlungskreativität und existentiellen Wachheit führen. Wir lernen, den Lebensschutz nicht nur angesichts von Naturkatastrophen (wie bei einer Pandemie), sondern bei menschengemachten Bedrohungen ernstzunehmen. Ja vielleicht erkennen wir auch gerade den menschengemachten Teil der Corona-Pandemie: 70 Prozent der menschlichen Infektionskrankheiten sind bekanntlich Zoonosen, das heisst von Tieren auf Menschen übertragene Infektionen. Die Bundesumweltministerin Svenja Schulze kürzlich: «Je mehr der Mensch die Natur zerstört, desto grösser ist das Risiko, dass der Virus überspringt und desto grösser ist das Risiko eines Krankheitsausbruchs bis hin zu einer Pandemie.» Viele Ziele, die für uns von grosser Bedeutung waren, werden keine

oder keine vergleichbar grosse Bedeutung mehr haben, und Perspektiven, die für uns nur ein Schulterzucken wert waren, erreichen plötzlich unser Herz. Vielleicht erfahren wir auch, dass Käufliches uns bestenfalls befriedigen, aber nicht erfüllen kann und es nicht auf Mehr-Besitz, sondern auf bewussteren Gebrauch ankommt.

Die Coronakrise kann aber auch, ganz im Gegenteil, ein neues Kapitel der «Versuchungen zur Unfreiheit» (Ralf Dahrendorf) aufschlagen und zu Mehr-Staat, Mehr-Kontrolle, Mehr-Überwachung führen, mit an fürsorglichen Freiheitsentzug grenzender Zwangsbeglückung durch digitale Selbsteinhegung, eine Art Digitalkommunismus im Namen des Schutzes von zu potentiellen Krankheitserregungsträgern degenerierten Individuen (was ihn am Kommunismus am meisten störe, sei – so soll Alfred Polgar gesagt haben –, dass man so wenig allein sein könne)? Vermag der Ausnahmezustand (gegenwärtig ist in der Schweiz ein Viertel aller Grundrechte der Bundesverfassung eingeschränkt) den notstandsfesten Dauerzustand zu korrodieren? Werden im Krisenmodus Dinge implementiert, die dann im Nach-Krisenmodus stillschweigend übernommen werden, ähnlich wie nach *Nine Eleven* der Kampf gegen den Terror zur Kernaufgabe der USA-Aussenpolitik avancierte (inklusive präventiv geführten Kriegen gegen den Terror)? Dass der Krisenmodus den kleinen Finger reicht und der Nachkrisenmodus die ganze Hand nimmt, ist nicht neu. Neu ist, dass wir uns möglicherweise auf eine Gesundheitsdiktatur und eine Medizinalisierung aller Lebensbereiche zubewegen. Was tragen wir zu Grabe, wenn der Gesundheitsschutz tatsächlich an *oberster* Stelle steht? Ganz nach Massgabe dessen, was Markus Gabriel in kritischer Absicht als «virologischen Imperativ» charakterisiert hat: «Er

fordert alle dazu auf, sich so zu verhalten, als ob die menschliche Gemeinschaft eine Infektionskette wäre. Individuen werden nicht als moralische Akteure, mithin als Träger von Menschenwürde, sondern primär als Vireenträger angesehen.» (NZZ 26.03.2020)

Diese Fragen werden nicht Experten und nicht Politiker, sondern nur wir selbst beantworten können. Und wie die Politik die Pflicht hat, in Krisenzeiten rasch zu handeln, so hat sie nun die Pflicht, der Versuchung zu widerstehen, die Beantwortung dieser Fragen den Menschen abnehmen zu wollen. Es sei denn, sie erliegt im Fahrwasser der Krisenmanöver der Suggestion, die schon Dostojewskijs ebenso fürsorglich wie menschenverächtlich argumentierenden Grossinquisitor umtrieb: «Oh, wir werden sie davon überzeugen, dass sie nur dann ihre Freiheit erlangen, wenn sie auf ihre Freiheit zu unseren Gunsten verzichten und sich uns anheimgeben.»